Die internationale und die westdeutsche Wirtschaftslage Mitte September 1963 . . . . . S. 173
Zur Entwicklung des spezifischen Arbeitsaufwands in der westdeutschen Industrie . . . . . S. 175

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

30. Jahrgang | Berlin, den 27. September 1963 | Nummer 39

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die internationale und die westdeutsche Wirtschaftslage Mitte September 1963

Die internationale Situation

In der westlichen Weltwirtschaft herrschen gegenwärtig Auftriebskräfte vor, jedoch geben diese der Konjunktur in den westlichen Ländern keineswegs einen stürmischen Verlauf. Anders als in vorangegangenen Expansionsphasen gehen diese Kräfte nicht von den privaten Investitionen, sondern von den übrigen Nachfragekomponenten aus, wobei in den einzelnen Ländern entweder mehr die Entwicklung des privaten bzw. öffentlichen Verbrauchs oder aber die Exportbewegung die entscheidende Rolle spielt. Allerdings sind nun Anzeichen dafür erkennbar, daß die Investitionen im weiteren Expansionsprozeß wieder die führende Rolle übernehmen werden. Das anhaltende Wachstum in den meisten Ländern der westlichen Welt scheint nicht ohne Einfluß auf die Investitionsneigung der privaten Wirtschaft zu bleiben. Jedoch dürfte das gegenwärtige Fortschrittstempo in den meisten Ländern kaum ausreichen, ein Investitionswachstum zu induzieren, das eine erhebliche Beschleunigung des gegenwärtigen Konjunkturaufschwungs erwarten ließe.

Unter diesen Umständen hängt viel davon ab, daß die expansiven Impulse, die von den übrigen Nachfragekomponenten ausgehen, nicht frühzeitig erlahmen. Ein wichtiger Faktor im gegenwärtigen Konjunkturaufschwung ist die Exportentwicklung vieler Länder. Sie ist nicht zuletzt durch die differenzierte Preisentwicklung in den einzelnen Volkswirtschaften zu erklären. So hat sich der Preisauftrieb in Frankreich und Italien — wie sowohl der Lebenshaltungskostenindex als auch der für internationale Vergleiche der Wettbewerbspositionen weitaus bedeutendere Großhandelspreisindex zeigt — beschleunigt, während er sich in den angelsächsischen Ländern und der Bundesrepublik — zumindest soweit die Großhandelspreise in Betracht kommen — verlangsamt hat. Mit dieser Entwicklung ging eine Verschlechterung der Handelsbilanzsituation der durch stärkere Preissteigerungen gekennzeichneten Länder einher. Dagegen verbesserte sich die Außenhandelslage derjenigen Volkswirtschaften, in denen weitgehend Preisruhe herrschte. Stärkere Importsteigerungen in Frankreich und Italien, die zur Bekämpfung des Preisanstiegs sogar gefördert wurden, kamen vor allem den übrigen Industrieländern zugute. Sie trugen in der Bundesrepublik und in Großbritannien zu der Exportbelebung bei, die in diesen Ländern zur Verbesserung des konjunkturellen Klimas führte. Für die Vereinigten Staaten, in denen Exportsteigerungen — wegen der vergleichsweise niedrigen Exportquote — konjunkturell weniger ins Gewicht fallen, waren sie jedoch gleichfalls höchst erwünscht, weil sie der Zahlungsbilanzverschlechterung, die der steigende private Kapitalexport verursachte, entgegenwirkten.

Angesichts dieser Entwicklung stellt sich die Frage, ob die übermäßigen Preissteigerungen in Frankreich und Italien schon jetzt eine Gefahr für die Weltwirtschaft darstellen, ob also das internationale Interesse zu Recht ins Spiel gebracht wird, wenn Frankreich und Italien nun von überstaatlichen Institutionen eine energische Bekämpfung des Preisauftriebs angeraten wird. Ist es doch — neben der Bundesrepublik Deutschland — vor allem Frankreich, dessen Überschußposition das wichtigste Pendant zur Zahlungsbilanzschwäche der Vereinigten Staaten darstellt. Eine einschneidende Restriktionspolitik würde aber nicht nur den weiteren Abbau dieser Überschußposition verhindern, sondern möglicherweise über eine Verschlechterung des Exportklimas auch in anderen Ländern die expansiven Kräfte abschwächen.

In Italien, wo sich die Lebenshaltung erheblich stärker als in Frankreich verteuert hat, werden zusätzliche Gegenmaßnahmen erst vorbereitet, während in Frankreich die Restriktionsmaßnahmen neuerdings verschärft werden. Die französische Stabilisierungspolitik bedient sich mit einer Preisstoppverordnung für gewerbliche Fertigwaren sogar systeminadäquater Maßnahmen. Im übrigen bekämpft sie die Preissteigerungen weiterhin durch Liquiditätsentzug und Nachfragedrosselung, das heißt durch Maßnahmen, die schon bisher nicht den gewünschten Erfolg hatten. Der gegenwärtige Ausnutzungsgrad der Anlagekapazitäten und die vorhandenen Arbeitskraftreserven in Frankreich verleihen dem Angebot gewerblicher Erzeugnisse — abgesehen vom Bausektor — ausreichende Elastizität zur Deckung des Nachfragewachstums. Ohne Aufgabe der Vollbeschäftigung sind Nachfragewachstum und hohe

Kapazitätsausnutzung angesichts der ständigen Lohnerhöhungen geradezu die Voraussetzung für das Bemühen der Unternehmer, weitere Kostensteigerungen durch Produktivitätsgewinne aufzufangen.

Die Lohnsteigerungen hängen stark von der Entwicklung der Lebenshaltungskosten ab, da die garantierten Mindestlöhne direkt an den Lebenshaltungskostenindex gebunden sind und die Tariflohnforderungen sich ebenfalls an ihm orientieren. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse haben in diesem Index ein besonders hohes Gewicht. Deshalb war nicht zuletzt die Anhebung landwirtschaftlicher Erzeugerpreise im Rahmen der von der französischen Regierung verfolgten Einkommenspolitik für den verstärkten Lohn- und Preisauftrieb verantwortlich.

Die zukünftige Preisentwicklung dürfte wesentlich von der Haltung der französischen Regierung zur Verbesserung des landwirtschaftlichen Einkommensniveaus abhängen. Statt das Haushaltsdefizit zu begrenzen und damit das Wirtschaftswachstum zu hemmen, hätte die französische Regierung die Möglichkeit, die durch Ausgabenkürzungen gesparten Beträge für eine stärkere direkte Subventionierung der Landwirtschaft zu verwenden. Zusammen mit dem verstärkten Bemühen, den Angebotsspielraum zu erweitern, dürften dadurch Preise und Löhne wirksamer stabilisiert werden als durch Preisstoppverfügungen für Fertigerzeugnisse, die den Grenzanbietern eine Weitergabe ihrer Lohnkostensteigerungen unmöglich machen und damit die Gefahr einer Angebotsverknappung erst aktualisieren. Wenn die Regierung bisher trotzdem die offene Erhöhung der Agrarpreise vorgezogen hat, so mag sie der Gedanke an die im Rahmen der EWG erforderliche Angleichung der Agrarpreisniveaus hierzu bewogen haben.

Westdeutschland

Wenn die wirtschaftliche Entwicklung in Westdeutschland heute durch zwei, an sich widerspruchsvolle Tendenzen, wie die vielzitierte konjunkturelle Entspannung einerseits und die offenbar erneut in Gang gekommene Verstärkung der Wirtschaftstätigkeit andererseits, gekennzeichnet ist, so liegt darin kein echter, sondern nur ein scheinbarer Widerspruch. Denn schon durch den nach wie vor sehr differenzierten Konjunkturverlauf, der auch im Rahmen der jüngsten konjunkturellen Belebung die Unterschiede zwischen konjunkturbegünstigten und -benachteiligten Bereichen der Erzeugung kaum verwischt hat, sind Bedingungen geschaffen worden, die sowohl eine Verstärkung als auch eine Konsolidierung der Konjunktur gestatten. Wesentlich hierfür war, daß die wichtigsten Produktionsbereiche, wie vor allem die Industrie, ihren Kräftebedarf bei weiter wachsender Erzeugung verringerten, während andererseits solche konjunkturbegünstigten Bereiche wie die Bauwirtschaft infolge dieser Einsparung von Arbeitskräften in die Lage versetzt wurden, ihre Versorgung mit Arbeitskräften zu verbessern. Hinzu kommt, daß das Angebot an ausländischen Arbeitskräften sich als viel elastischer als ursprünglich angenommen erwies und auch heute noch einem verstärkt wachsenden Bedarf mühelos zu folgen vermag.

Diese, durch die verstärkte Fluktuation der inländischen und ein elastisches Angebot an ausländischen Arbeitskräften ermöglichte Entspannung sowie der damit verbundene höhere Produktivitätsfortschritt haben zu einer besseren Auslastung der vorhandenen Erzeugungskapazitäten und zu erweiterten Angebotsmöglichkeiten geführt. Die jetzt durch die Belebung der Außenwirtschaft wirksam gewordenen Auftriebskräfte können daher durchaus mit einer weiteren Konsolidierung und Entspannung Hand in Hand gehen. Allerdings ist diese positive Kombination zeitlich nicht unbegrenzt fortsetzbar. Ihre Anfälligkeit gegenüber Störungen bezieht sich keineswegs nur auf die Gefahr eines erneuten Preisauftriebs im Falle einer Verstärkung der jetzt vom Ausland ausgehenden Auftriebskräfte, sondern auch auf die Gefahr einer nachlassenden Widerstandskraft gegenüber einer zu stark vorangetriebenen, d. h. zu lange von der Wirtschaftspolitik geduldeten Entspannung.

Trotz der Unsicherheit über den weiteren Weg der Konjunktur haben die optimistischen Erwartungen an Gewicht gewonnen, und das allgemeine Klima beginnt sich zu bessern. Mit dieser Veränderung ist allerdings vorerst noch keineswegs ein Wandel der konjunkturellen Großwetterlage in Richtung auf einen in Kürze zu erwartenden neuen Boom, sondern lediglich eine Auflockerung jener Hemmungen verbunden, die ursprünglich zur Abschwächung und Dämpfung der Konjunktur geführt hatten. Zu nennen sind hier neben der bereits erwähnten Verbesserung der Kapazitätsauslastung vor allem auch die positive Veränderung der Finanzierungsstruktur der privaten Unternehmungen. Der Anteil der Eigenmittel an den Investitionen, also die sogenannte Selbstfinanzierungsquote, hatte schon im 2. Quartal dieses Jahres den Vorjahrssatz nicht mehr unterschritten. Seit der Jahresmitte hat sich die Selbstfinanzierungsquote wieder erhöht. Die Investitionsneigung, der bisher neuralgischste Punkt in der konjunkturellen Entwicklung, ist durch den Fortfall dieser Hemmungen zumindest entlastet worden. Die wesentlichsten Impulse hierfür gingen von der Außenwirtschaft aus. Seit dem 2. Quartal nimmt die westdeutsche Ausfuhr wieder beschleunigt zu und wirkt auf die Exportgüterindustrie verstärkt expansiv. Die wieder steigenden Überschüsse der Handelsbilanz haben allerdings noch nicht ausgereicht, um die Abhängigkeit der Gesamtwirtschaft von der Liquiditäts- und Kredithilfe des Auslands zu beseitigen. Zwar ist durch die angekündigte Zinsausgleichssteuer der Vereinigten Staaten, die die amerikanischen Aktienbesitzer offenbar veranlaßt, nicht nur in verringertem Umfang ausländische Aktien zu erwerben, sondern darüber hinaus ihre Auslandsaktien abzustoßen, eine Hemmung auch für den westdeutschen Kapitalimport wirksam geworden. Der weitaus überwiegende Teil des westdeutschen Kapitalimports betrifft jedoch Auslandskäufe langfristiger Schuldtitel, d. h. praktisch Anleihen der öffentlichen Hand, die im übrigen fast ausschließlich von westeuropäischen und nicht von nordamerikanischen Kapitalanlegern gekauft werden.

Wenn der ungewöhnlich starke kontraktive Einfluß, der in der ersten Jahreshälfte von der

Gesamtheit der öffentlichen Haushalte auf die Bankenliquidität ausging, jetzt nachläßt — der rasche Abbau der Zentralbankguthaben des Bundes und die beschleunigt zunehmenden Defizite sprechen für eine Fortsetzung dieser Tendenzen —, so könnte trotz etwa zurückgehender Kapitaleinfuhr die bisher angespannte Liquiditätsentwicklung entlastet werden, denn Wirtschaft und Banken würden durch den Abbau der öffentlichen Überschüsse unmittelbar, und nicht über die Kreditaufnahme im Ausland, zusätzliche Liquidität erhalten.

Die eigentlichen Probleme der künftigen konjunkturellen Entwicklung liegen jedoch nicht in der Erweiterung des monetären Kreislaufs durch die öffentliche Hand, der die Zentralbank letztlich immer noch entgegenwirken könnte, sondern in den möglicherweise weiter rasch zunehmenden Ausfuhrüberschüssen. Zwar werden die Überschüsse des Waren- und Dienstleistungsverkehrs — wie schon seit Anfang 1962 — tendenziell immer noch durch den Passivsaldo der unentgeltlichen Leistungen kompensiert, so daß der Gesamteffekt der Bilanz der laufenden Posten nach wie vor kontraktiv, wenn auch abnehmend kontraktiv ist. Die Bedingungen für eine weiter beschleunigte Zunahme der Ausfuhr, der die Einfuhr nicht zu folgen vermag, sind heute besonders günstig, weil die ohnehin nie ernstlich gefährdete Wettbewerbsposition der westdeutschen Wirtschaft durch das Aufleben inflatorischer Tendenzen in Westeuropa, vor allem in Frankreich und in Italien, erheblich verbessert worden ist. Der ungewöhnlich starke Anstieg des Warenbilanzüberschusses Westdeutschlands gegenüber diesen Ländern, der sich innerhalb eines Jahres (1. Halbjahr 1963 gegen 1. Halbjahr 1962) vervierfachte (Frankreich) bzw. verdreifachte (Italien), zeigt deutlich, in welchem Tempo die westdeutsche Ausfuhr bei kaum gestiegener Einfuhr aus diesen inflationsgefährdeten Ländern zugenommen hat.

Die gesamtwirtschaftliche Wirkung zunehmender Leistungsbilanzüberschüsse wird selbstverständlich nicht durch eine noch so beträchtliche Zunahme der Überschüsse gegenüber einzelnen Ländern, sondern allein durch die Veränderung des gesamten Überschusses gegenüber dem gesamten Ausland bestimmt; insoweit erscheint auch die Furcht vor einer etwa aus Frankreich oder Italien importierten Inflation übertrieben. Sie wäre nur dann gerechtfertigt, wenn die Preis- und Lohnsteigerungen in Frankreich und Italien sich unmittelbar auf die westdeutsche Preis- und Lohnentwicklung auswirkten, was keineswegs zwingend der Fall sein muß. Auch die Sorge vor den inflatorischen Wirkungen hoher Gesamtüberschüsse der Leistungsbilanz erscheint daher heute unter der für die westdeutsche Wirtschaft gegebenen Konstellation unbegründet.

Die Industrie Westdeutschlands verfügt heute mehr denn je über beträchtliche, nicht ausgenutzte Reserven, die ohne Mehrbedarf an Arbeitskräften sich mobilisieren ließen und so einer zusätzlichen Nachfrage auch ohne erneuten Preisauftrieb entsprechen könnten. Darüber hinaus würde schon die starke Beachtung, die eine Verschlechterung der westdeutschen Wettbewerbsposition bei Unternehmern, Gewerkschaften und Staat findet, genügend zur Preis- und Lohndisziplin beitragen, so daß ein inflatorisches Ausscheren Westdeutschlands, etwa nach dem jüngsten Muster Frankreichs und Italiens, unwahrscheinlich ist.

Zur Entwicklung des spezifischen Arbeitsaufwands in der westdeutschen Industrie

Im vergangenen Jahr wurden in der westdeutschen Industrie 100 Arbeiterstunden benötigt, um einen Nettoproduktionswert von 1000 DM[1]) zu erbringen. Damit konnte der spezifische Aufwand an Arbeiterstunden seit 1950 um mehr als die Hälfte reduziert werden. Da im Verlauf dieser Zeit der Anteil der Arbeiter an der Zahl aller in der Industrie Beschäftigten zurückgegangen ist, muß angenommen werden, daß die in Arbeitsstunden gemessene Arbeitsleistung aller Beschäftigten nicht ganz so stark — um etwa 47 vH — eingeschränkt worden ist. Die Stundenleistung der Angestellten ist jedoch statistisch kaum erfaßbar, so daß man im wesentlichen auf die amtlichen Angaben zur geleisteten Arbeitszeit der Arbeiter angewiesen ist, wenn man die Entwicklung des spezifischen Arbeitsaufwands im einzelnen beobachtet.

Im Durchschnitt der gesamten Industrie hat sich der Produktivitätsfortschritt im vergangenen Jahr wieder beschleunigt, nachdem er 1961 deutlich langsamer geworden war: In der Zeit des Aufschwungs 1959 und 1960 konnte der spezifische Arbeitsaufwand je 1000 DM Nettoproduktionswert[1]) jährlich um etwa zehn Arbeiterstunden verringert werden, dagegen wurde er 1961 nur noch um fünf, 1962 aber wieder um sieben Stunden reduziert. Ähnlich entwickelte sich das Verhältnis zwischen der Zahl der Beschäftigten und der industriellen Wertschöpfung; im Boom wurden jährlich fünf Beschäftigte weniger benötigt, um 1 Mill. DM Nettoproduktionswert[1]) zu erbringen, 1961 wurde ein Beschäftigter, 1962 wurden wieder zwei Beschäftigte eingespart.

Die Verlangsamung des Prozesses seit 1961 hat ihre Ursache überwiegend in der Beruhigung der Absatzlage, die zu verringerter Ausnutzung aller Produktionsfaktoren führte. Zu Beginn des konjunkturellen Umschwungs kam hinzu, daß die Unternehmer, offenbar in der Erwartung bald wieder stärker steigender Anforderungen der Nachfrage, den Beschäftigtenstand zunächst hielten, ja vielfach noch in gewohntem Umfang weiter ausdehnten. Die Produktivitätsentwicklung mußte dadurch notwendigerweise beeinträchtigt werden. Seit 1962 wurde man in vielen Industriezweigen bei der Einstellungspolitik zurückhaltender, so daß das Produktivitätspotential, das mit den anhaltend hohen Investitionen weiter kräftig zugenommen hatte, wieder besser ausgeschöpft wurde.

Inzwischen sind die Industrieunternehmen dazu übergegangen, ihren Beschäftigtenstand

[1]) Zu Preisen von 1950.

Einsparung menschlicher Arbeitskraft in der westdeutschen Industrie

Beschäftigte und Arbeiterstunden je produzierte Einheit realen Nettoproduktionswerts zu Preisen von 1950

Industriezweig	Beschäftigte je 1 Mill. DM					Geleistete Arbeiterstunden je 1000 DM					Tarifl. Wochenarbeitszeit der Arbeiter	
	absolut	Entwicklung 1950 = 100				absolut	Entwicklung 1950 = 100				1955 = 100	
	1962	1955	1960	1961	1962	1962	1955	1960	1961	1962	1962	1962
Bergbau	**91**	**82**	**68**	**63**	**59**	**147**	**77**	**56**	**52**	**47**	**61**	**92**
Grundst.- u. Prod.-güterind.	**52**	**76**	**60**	**59**	**56**	**82**	**74**	**51**	**49**	**45**	**60**	**91**
Industrie der Steine und Erden	65	76	59	56	53	124	78	55	51	47	61	92
Eisen- und Stahlindustrie	84	81	73	75	77	136	78	61	62	60	77	88
NE-Metallindustrie	67	78	66	67	67	106	77	57	56	53	69	89
Chemische Industrie	32	71	52	51	46	42	68	44	41	36	53	92
Mineralölverarbeitung	15	57	38	30	27	21	54	29	24	20	37	91
Kautsch. u. Asbest verarb. Ind.	68	77	70	69	68	105	78	64	62	60	77	90
Sägewerke und holzbearb. Ind.	91	87	74	79	75	162	87	68	71	67	76	92
Zellstoff- und Papiererzeugung	56	83	70	70	68	101	80	61	59	56	70	92
Investitionsgüterindustrien	**76**	**71**	**61**	**60**	**59**	**116**	**71**	**53**	**50**	**48**	**68**	**89**
Stahlbau	109	79	78	72	74	176	79	69	63	63	80	89
Maschinenbau	89	75	71	69	70	133	76	62	59	57	75	89
Fahrzeugbau [1])	44	52	38	38	39	71	52	34	33	33	62	89
Schiffbau	134	57	63	64	65	228	57	54	54	53	92	89
Elektrotechn. Industrie	76	74	65	64	63	107	72	56	53	50	69	89
Feinmech. und opt. Industrie	92	74	63	61	60	137	75	56	53	49	65	89
ESBM-Industrie [1])	85	77	67	66	63	137	79	60	57	53	67	89
Verbrauchsgüterindustrien	**79**	**82**	**69**	**68**	**64**	**128**	**82**	**61**	**58**	**54**	**66**	**90**
Feinkeramische Industrie	102	85	72	69	67	170	86	64	59	57	66	92
Glasindustrie	96	99	80	79	74	165	98	70	67	60	62	92
Holzverarbeitende Industrie	92	84	63	60	56	160	85	57	53	48	57	92
Musikinstr.- und Spielw.-Ind.	83	81	65	63	59	132	83	59	54	50	60	90
Papier und Pappe verarb. Ind.	85	97	86	87	83	139	97	77	75	70	72	92
Druckerei- und Vervielf.-Ind.	76	88	75	73	71	126	88	67	64	61	70	92
Kunststoffverarb. Industrie	48	60	41	41	37	75	61	37	35	31	51	90
Lederindustrie	94	88	75	72	70	151	88	66	62	59	67	91
Textilindustrie	67	78	67	67	63	105	75	56	54	50	67	90
Bekleidungsindustrie	102	77	71	69	67	160	78	65	60	58	74	88
Nahrungs- u. Genußmittelind.	**26**	**76**	**64**	**64**	**62**	**41**	**75**	**58**	**56**	**53**	**71**	**91**
Industrie gesamt	**64**	**77**	**64**	**63**	**61**	**100**	**75**	**55**	**53**	**49**	**65**	**90**

Berechnungen und Schätzungen nach der Industrieberichterstattung des Statistischen Bundesamts, Wiesbaden (unter Verwendung der mit dem amtlichen Produktionsindex fortgeschriebenen Nettoproduktionswerte von 1950), ab 1960 einschl. Saar. — [1]) 1962 Änderung der Bereichsabgrenzung.

zu vermindern, so daß auch trotz der alles in allem nach wie vor nur mäßigen Absatzerfolge wiederum ein recht zufriedenstellendes Produktivitätswachstum erzielt wird. Der spezifische Arbeitsaufwand dürfte sich 1963, folgt man der Entwicklung im ersten Halbjahr, wieder etwa im Ausmaß des Vorjahres verringern.

Den größten Produktivitätsfortschritt erreichte unter den Hauptgruppen der Industrie im vergangenen Jahr der Bergbau, überwiegend infolge der eindrucksvollen Rationalisierungsbemühungen im Steinkohlenbergbau. Ähnlich erfolgreich waren die Grundstoffindustrien, unter denen die chemische Industrie herausragt, deren spezifischer Bedarf an Arbeiterstunden von 1950 bis heute auf ein Drittel reduziert worden ist.

Die Unternehmen der Verbrauchsgüterindustrien haben schon seit drei Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, um ihren langjährigen Produktivitätsrückstand gegenüber den anderen Bereichen einzuholen; sie verringerten ihren spezifischen Arbeitskräftebedarf 1961 und 1962 stärker als die Investitionsgüterindustrien und werden voraussichtlich auch im laufenden Jahr deren Produktivitätsfortschritte übertreffen. Die Investitionsgüterindustrien haben in ihrer Beschäftigungspolitik bislang am wenigsten auf die konjunkturelle Lage reagiert und infolgedessen die Relation zwischen Arbeitsaufwand und Wertschöpfung weniger stark verbessern können als die anderen Industriebereiche. Erst seit wenigen Monaten wird hier eine Änderung erkennbar.

Eine Gegenüberstellung der Entwicklung des spezifischen Bedarfs der Industrie an Arbeiterstunden und derjenigen der tariflichen Arbeitszeit der Arbeiter seit 1955 zeigt, daß die Zunahme der Stundenproduktivität im Durchschnitt der gesamten Industrie die tariflichen Arbeitszeitverkürzungen um mehr als das Dreifache überkompensiert hat. Ein solcher Vergleich sagt natürlich nichts über die Rentabilität der Produktion, da er die Lohnentwicklung, die Entwicklung der Absatzpreise und andere Faktoren außer acht läßt. Er erlaubt jedoch das Urteil, daß Arbeitszeitverkürzungen des bisher gewohnten Umfangs, für sich betrachtet, in sämtlichen Branchen der Industrie von der laufenden Produktivitätssteigerung ohne weiteres aufgefangen werden — mit der bisher einzigen Ausnahme des Schiffbaus, dessen bedrohliche Unterauslastung aber eine gesonderte Beurteilung erfordert.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 u. 53 Bonn, Koblenzer Str. 170
Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. *Abteilungsleiterkollegium:* Dr. Gerhard Abeken, Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Dieter Hiß, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Herbert Martell, Dr. Horst Seidler, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.
Schriftleitung: Dr. Horst Seidler; mit d. Vertretung beauftragt: Klaus Henkner, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5. Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, 1 Berlin 65, Friedrich-Krause-Ufer 24.
Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—.

— Hierzu 1 Zahlenbeilage —

Beilage zum Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung
30. Jahrgang Berlin, den 27. September 1963 Nr. 39
Monatliche Zahlenübersicht Juli 1963 **D**

Gegenstand	Gebiet*)	Einheit †)		1962 Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	1963 Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli
Anzahl der Werktage				21,8	20,2	22,8	23,7	21,0	23,8	21,2	19,2	22,8	20,8	22,0	20,8	21,8	18,2	23,8
Arbeitsmarkt																		
Beschäftigte [1])	BRD x)	1000	VD	*20250*	.	.	*20360*	.	.	*20305*	.	.	*20090*	.	.	*20425*	.	.
„ [2])	W-B	„	E	.	895	.	.	894	.	.	890	.	.	880	.	.	.	.
darunter weibliche	BRD x)	vH	VD	*33,3*	.	.	*33,2*	.	.	*33,3*	.	.	*33,6*	.	.	*33,4*	.	.
„ „	W-B	„	E	.	43,6	.	.	43,7	.	.	44,0	.	.	43,8	.	.	.	.
Arbeitslose b. d. Arb.-Ämtern	BRD x)	1000	„	98	88	85	83	83	93	121	219	393	401	204	133	114	103	97
„ „ „ „	W-B	„	„	11	10	9	8	8	9	11	14	17	16	12	11	10	10	9
Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern [3])	BRD x)	vH	„	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,6	1,0	1,8	1,9	1,0	0,6	0,5	0,5	0,4
„ „ „ „	W-B	„	„	1,3	1,1	1,0	0,9	0,9	1,0	1,2	1,5	1,9	1,8	1,3	1,2	1,1	1,1	1,0
Unterstützte Arbeitslose [4])	BRD x)	1000	M	76	64	59	55	54	57	65	129	273	346	273	110	81	71	67
„ „ „ „	W-B	„	„	9	8	7	7	6	7	8	11	13	13	10	9	8	8	7
Off. Stellen b. d. Arb.-Ämtern	BRD x)	„	E	585	598	602	599	580	537	469	406	436	477	552	542	551	573	592
„ „ „ „	W-B	„	„	27	28	30	29	27	25	20	15	18	20	23	22	23	24	25
Arbeitslose je 100 off. Stellen	BRD x)	Anzahl	„	17	15	14	14	14	17	26	54	90	84	37	24	21	18	16
„ „ „ „	W-B	„	„	42	35	30	29	30	36	52	91	95	82	53	50	46	39	35
Einkommen																		
Bruttosumme der Löhne in der Industrie	BRD x)	Mill. DM	S	3710,5	3659,0	3676,0	3778,2	3517,0	3762,9	3926,4	3830,5	3744,8	3272,4	3467,2	3719,5	3897,8	3763,4	3914,6
Gehälter in der Industrie	„	„ „	„	1406,4	1422,8	1412,1	1412,0	1414,8	1425,8	1519,9	1646,1	1515,6	1456,4	1487,3	1492,7	1529,2	1559,4	1549,8
Beschäftigung d. Ind. [5])																		
Beschäftigte																		
Gesamte Industrie	BRD x)	1000	E	8062,4	8043,6	8059,3	8069,5	8057,3	8068,2	8071,1	7994,5	7957,0	7948,9	7962,8	8016,1	8001,1	7968,8	7981,4
Bergbau	„	„	„	556,2	551,7	546,8	543,4	540,2	536,8	535,0	531,7	527,8	526,9	526,1	526,9	523,3	519,5	516,5
Grundst.- u. Produktionsg.	„	„	„	1757,8	1755,7	1763,0	1763,7	1758,1	1753,7	1750,5	1726,9	1696,6	1687,2	1718,6	1741,5	1743,2	1738,7	1743,6
Investitionsgüterind.	„	„	„	3274,3	3270,6	3280,6	3290,8	3286,6	3287,0	3288,8	3271,6	3273,2	3272,7	3260,2	3281,0	3271,2	3256,8	3261,6
Verbrauchsgüterind.	„	„	„	1986,1	1973,9	1968,6	1966,9	1963,9	1971,5	1979,7	1966,2	1966,4	1969,0	1965,4	1974,9	1969,5	1955,3	1952,7
Nahrungs- u. Genußm.-Ind.	„	„	„	488,0	491,7	500,2	504,6	508,5	519,2	517,1	498,0	493,1	493,1	432,5	491,8	493,8	498,5	507,1
dar.: Ind. d. Steine u. Erden	„	„	„	265,7	266,4	268,5	268,7	268,0	267,3	264,9	249,3	219,4	212,7	243,8	260,7	265,9	266,9	269,3
Eisenschaffende Ind.	„	„	„	363,6	362,7	364,2	365,2	363,9	361,9	360,1	358,7	358,4	357,0	355,6	356,8	354,5	352,1	352,1
Eisen-,Stahl- u. Tempergieß.	„	„	„	145,1	144,4	144,2	143,9	143,3	142,8	142,6	141,5	140,5	140,8	139,1	138,7	137,8	136,8	136,2
NE-Metallindustrie	„	„	„	82,9	82,6	82,8	82,8	82,5	82,0	82,1	81,8	82,5	82,4	81,8	81,9	81,6	81,6	81,6
Chemische Industrie	„	„	„	485,2	485,2	487,9	488,6	486,2	485,5	485,1	482,4	487,1	487,2	487,8	491,9	491,9	491,4	494,0
Stahlbau	„	„	„	208,0	207,8	208,1	209,0	209,0	208,5	208,9	206,1	204,8	203,4	202,1	204,1	204,2	203,7	205,9
Maschinenbau	„	„	„	1028,8	1026,6	1027,9	1029,2	1023,6	1019,5	1017,1	1013,5	1015,8	1014,4	1008,6	1017,6	1014,4	1008,3	1008,3
Fahrzeugbau	„	„	„	441,3	443,8	447,7	453,4	457,3	461,9	463,7	462,7	458,4	461,2	460,0	461,8	460,8	460,7	461,6
Schiffbau	„	„	„	95,2	94,8	94,6	92,1	90,7	89,1	88,3	87,0	86,6	85,7	84,2	84,5	83,9	82,9	82,7
Elektrotechnische Ind.	„	„	„	803,9	802,5	806,1	809,5	810,0	809,6	810,4	806,5	805,0	805,8	805,5	810,8	808,0	804,5	805,9
Feinmech. u. opt. Ind.	„	„	„	149,6	149,2	148,8	149,0	148,7	149,0	149,4	148,2	148,4	147,8	147,3	148,1	147,6	147,2	147,1
Eisen-, Blech- u. Metallw.	„	„	„	383,5	382,4	383,1	384,1	383,1	385,1	386,7	384,2	392,1	392,0	390,7	392,0	391,0	389,0	389,3
Holzverarbeitende Ind.	„	„	„	218,1	217,8	218,0	218,6	218,8	220,5	221,5	219,8	219,5	218,4	217,4	216,8	216,0	214,6	214,1
Druckerei u. Vervielfältig.	„	„	„	189,4	189,0	189,5	190,4	190,3	190,8	191,1	189,9	190,2	190,3	190,7	193,0	192,9	192,2	192,7
Textilindustrie	„	„	„	590,4	585,7	580,8	577,8	575,3	576,3	578,3	574,6	574,1	575,4	572,8	574,7	572,9	568,5	565,9
Bekleidungsindustrie	„	„	„	364,6	362,0	360,2	360,2	361,6	363,6	365,8	363,1	365,7	366,6	366,1	369,9	369,1	365,2	363,4
Darunter Arbeiter [6])																		
Gesamte Industrie	BRD x)	1000	E	6418,4	6400,7	6412,8	6415,2	6395,5	6405,5	6405,2	6332,0	6292,9	6281,6	6294,4	6327,2	6306,5	6273,8	.
Bergbau	„	„	„	487,6	483,3	478,9	475,5	472,5	469,6	467,8	464,6	461,3	460,5	459,9	460,7	457,0	453,4	.
Grundst.- u. Produktionsg.	„	„	„	1382,5	1380,3	1386,7	1386,0	1379,4	1375,2	1370,9	1348,2	1316,1	1307,8	1339,0	1356,1	1356,4	1352,0	.
Investitionsgüterind.	„	„	„	2521,3	2517,7	2524,6	2529,9	2522,6	2521,2	2521,7	2505,6	2505,8	2501,9	2489,0	2500,3	2487,9	2473,3	.
Verbrauchsgüterind.	„	„	„	1666,5	1655,2	1650,6	1647,6	1642,2	1650,4	1658,0	1645,2	1646,1	1648,0	1644,3	1649,8	1643,3	1629,8	.
Nahrungs- u. Genußm.-Ind.	„	„	„	360,5	364,2	372,1	376,2	378,8	389,1	386,8	368,4	363,6	363,4	362,3	360,3	361,8	365,3	.
Geleistete Arbeiterstd.																		
Gesamte Industrie	BRD x)	Mill.	S	1084,1	1021,6	1023,8	1045,4	1023,5	1120,7	1091,5	988,2	1044,0	954,9	1010,8	1031,7	1055,8	942,2	1011,1
Bergbau	„	„	„	75,2	72,6	73,2	73,2	68,5	77,8	75,5	68,1	76,6	65,6	72,3	70,1	73,3	63,1	70,2
Grundst.- u. Produktionsg.	„	„	„	240,2	226,8	232,5	235,5	227,0	245,0	236,7	215,4	221,0	199,9	220,2	227,3	235,7	211,2	229,9
Investitionsgüterind.	„	„	„	427,4	408,4	402,0	410,2	404,6	440,1	430,4	390,5	412,5	385,1	398,6	409,6	411,4	378,3	395,9
Verbrauchsgüterind.	„	„	„	276,8	251,1	251,4	258,9	258,5	285,1	277,6	250,0	269,6	246,4	258,4	262,4	270,6	229,6	248,6
Nahrungs- u. Genußm.-Ind.	„	„	„	64,6	62,8	64,6	67,6	64,8	72,6	71,3	64,2	64,3	57,8	61,3	62,3	64,7	60,1	66,5
Tägliche Arbeitszeit [7])																		
Gesamte Industrie	BRD x)	Std.	D	7,75	7,90	7,00	6,88	7,62	7,35	8,04	8,13	7,28	7,31	7,30	7,84	7,68	8,25	.
Bergbau	„	„	„	7,07	7,44	6,71	6,50	6,91	6,97	7,61	7,63	7,28	6,85	7,14	7,32	7,36	7,65	.
Grundst.- u. Produktionsg.	„	„	„	7,97	8,14	7,36	7,17	7,83	7,49	8,14	8,32	7,36	7,35	7,47	8,06	7,97	8,58	.
Investitionsgüterind.	„	„	„	7,78	8,03	6,98	6,84	7,64	7,33	8,05	8,12	7,22	7,40	7,28	7,88	7,59	8,40	.
Verbrauchsgüterind.	„	„	„	7,62	7,51	6,68	6,63	7,50	7,26	7,90	7,91	7,18	7,19	7,14	7,65	7,55	7,74	.
Nahrungs- u. Genußm.-Ind.	„	„	„	8,22	8,53	7,62	7,58	8,15	7,84	8,69	9,08	7,76	7,65	7,69	8,32	8,21	9,04	.
Produktionsergebnis [8])																		
je Beschäftigten	BRD xx)	1950 = 100	VD	175	.	.	164	.	.	183	.	.	165	.	.	184	.	.
je Arbeiter	„	„	„	185	.	.	174	.	.	194	.	.	176	.	.	196	.	.
je Arbeiterstunde	„	„	„	205	.	.	211	.	.	217	.	.	209	.	.	217	.	.
Durchschnittl. Bruttostd.-verdienst der Arbeiter [9])																		
Lohnempfänger insgesamt	BRD x)	Pf	D	328,9	.	.	333,3	.	.	339,0	.	.	340,7	.	.	353,8	.	.
Männliche Arbeiter	„	„	„	350,5	.	.	355,7	.	.	362,1	.	.	366,1	.	.	376,4	.	.
Weibliche Arbeiter	„	„	„	237,7	.	.	240,1	.	.	245,0	.	.	251,2	.	.	257,2	.	.
Preisindex f. d. Lebenshaltung																		
Gesamt, mittl. Verbr.-gruppe	BRD x)	1958 = 100	„	109,2	109,8	110,3	108,6	108,3	108,5	108,8	109,4	111,1	112,5	112,9	112,8	112,4	112,2	111,6
Ernährung	„	„	„	110,2	111,5	112,3	107,3	106,3	106,3	106,8	108,3	111,0	114,1	114,7	114,1	112,9	112,1	110,3
Getränke u. Tabakwaren	„	„	„	100,0	100,2	100,3	100,4	100,2	100,2	100,2	100,2	100,3	100,4	100,5	100,6	100,6	100,9	101,1
Wohnung	„	„	„	121,3	121,3	122,3	122,3	122,3	123,1	123,1	123,1	126,5	127,6	127,9	128,6	128,8	128,9	129,8
Heizung und Beleuchtung	„	„	„	104,2	104,5	105,1	105,7	106,5	107,2	107,5	107,7	107,9	108,6	108,5	108,1	107,3	107,4	107,7
Hausrat	„	„	„	103,3	103,4	103,6	103,8	104,0	104,2	104,2	104,3	104,3	104,4	104,2	104,2	104,2	104,2	104,2
Bekleidung	„	„	„	106,8	106,9	107,0	107,1	107,4	107,6	107,8	108,0	108,4	108,7	108,9	109,2	109,4	109,4	109,6
Reinigung u. Körperpflege	„	„	„	109,8	110,0	110,2	110,8	111,0	111,1	111,2	111,3	111,8	112,0	112,2	112,4	112,6	112,7	112,8
Bildung und Unterhaltung	„	„	„	113,9	114,1	114,3	115,2	115,5	115,7	116,7	116,8	117,1	117,5	118,2	118,5	118,7	119,0	119,1
Verkehr	„	„	„	107,7	107,8	107,9	108,0	108,2	108,3	108,5	108,5	113,2	113,3	114,4	114,6	114,7	114,7	114,8

*) BRD x) = Bundesrepublik Deutschland einschl. Saarland und ohne Berlin (West), BRD xx) = Bundesrepublik Deutschland ohne Saarland und ohne Berlin (West), W-B = Berlin (West). — †) E = Monatsende, M = Monatsmitte, S = Monatssumme, D = Monatsdurchschnitt, VD = Vierteljahrsdurchschnitt. — *Kursive* Zahlen: Vorläufig oder geschätzt. — o) Berichtigte Zahl.

[1]) Arbeiter, Angestellte und Beamte; einschl. Heimarbeiter und Soldaten. Berechnung des DIW. — [2]) Statistik des Landesarbeitsamts Berlin. — [3]) Arbeitnehmer: Beschäftigte und Arbeitslose. — [4]) Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und -hilfe. — [5]) Nach der Industrieberichterstattung; hauptbeteiligte Industriegruppen. Ohne Energieversorgungsbetriebe u. Bauhauptgewerbe. — [6]) Einschl. gewerbl. Lehrlinge. — [7]) Tatsächlich geleistete Arbeiterstunden je Arbeiter. — [8]) Ohne Energieversorgungsbetriebe und Bauhauptgewerbe. — [9]) Gesamte Industrie (einschl. Bergbau, Energiewirtschaft und Baugewerbe).

Soweit es sich nicht um Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung handelt, entstammen die Angaben folgenden Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. — Stat. Landesamt Berlin. — Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Nürnberg.